

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1203.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlag: Dresden, Raben & Comp.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alstadt

Abonnement: monatlich 2,00 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 100, — M., Einzelnummer 20, — M., Sonntagsnummer 40, — M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Komparativzelle 70, — M., die 3-spaltige 80, — M., 2-spaltige 100, — M., 1-spaltige 120, — M., Ausland 500 u. 1200 M. Bei mehrmaliger Aufgabefähigkeit, Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 20 M.

Nr. 294

Dresden, Dienstag den 19. Dezember 1922

33. Jahrg.

## Das Ende der Kriegstragödie

Wilhelm und Sohn — Masaryks Traum

Ein früheres Buch von A. J. Nowak: Der Sturz der Mittelmächte, mit dem wir unsere Leser durch einen Auffag bekanntmachten, brachte vielerlei noch unbekanntes Material über den Zusammenbruch, das der Verfasser bei den „Wissenden“ erfragt. In einem neuen erschienenen weiteren Bande, betitelt „Chaos“ (München, 1922, Verlag für Kulturpolitik, 353 Seiten) hat er mit einer Karte: Das Ende der österreichisch-ungarischen Armee) Masaryk aus gleich gutunterrichteten Quellen die letzten zwei Wochen der beiden mittelmächte Kaiserreiche mit gleicher Ausführlichkeit. War für das früher erwähnte Werk Freiherr von Kühnmann, so scheint diesmal deutscherseits der General von Groener, der designierte, aber nicht mehr zur Aktion gekommene Nachfolger Ludendorffs, der hervorragendste Inspirator. Doch haben wie der Verfasser sagt, fast sämtliche in Deutschland und Österreich damals führenden Staatsmänner und Militärs zu dem Werke durch Mitteilungen beigetragen.

Hauptursache des so schnellen Zusammenbruchs der deutschen Front war, außer der völligen Erschöpfung der Armeen, die Frontauflösung in Italien, von wo aus keine der geforderten Divisionen an die gefährdete Westfront geleitet werden konnte. Diese Auflösung war aber wiederum die Folge teils des Manifests Kaiser Karls, das die Monarchie retten sollte, aber serbisch wirkte, teils der Niederlage auf der Balkanhalbinsel. Die Ungarn und Bulgaren verweigerten den weiteren Dienst und verlangten, in die Heimat geschickt zu werden, um diese zu schützen. Der Höchstkommandierende, Erzherzog Joseph, gestattete das, weil er mußte, aber andere Regimenter, darunter die bisher sichersten deutschen, weigerten sich, in die verlassenen Positionen zu gehen. Erzherzog Joseph reiste nun selbst nach Ungarn, um so viel als möglich für Gabsburg und — für sich, nämlich die ungarische Krone, zu retten, aber es kam schnell anders. Die Vorgänge, besonders in der ungarischen Hauptstadt und der Reichshofkapelle, werden ausführlich bis zum Verzicht Kaiser Karls berichtet.

Für Deutschland ist interessant und fast sensationell die Wiedergabe der Vorgänge der ersten Novemberwoche 1918; des Nihilismus, der ersten Revolution, die in der Sozialdemokratischen Partei, in der Reichsregierung sowie im Hauptquartier und beim Generalstab zu Spa, der Waffenstillstands- und der Abdankungsfrage, in welcher letzterer sich Wilhelm II. geradezu hängeln ließ. Freilich verstand niemand in der Kaiserfamilie, keiner der Generale und Hofschranzen die neue Situation in der Heimat. Noch am Tage nach dem Volksturn zu Kiel blähte der Kronprinz nach Spa herein mit dem Ausrufe: „Sind die paar Masaryks denn noch nicht an die Wand gestellert?“ Nur Groener soll als einziger den Standpunkt vertreten haben, daß der Kaiser an der Spitze von Sturmregimentern den Tod suchen und finden müsse. Offiziere sollen sich angeboten haben, diesen Gang mitzugehen. Der Gedanke soll auch der Kaiserin vorgetragen worden sein. Aber niemand wagte, dies dem Kaiser vorzuschlagen, weil man eine Ablehnung befürchtete. Auch das Abdankungsverlangen fand zuerst schroffen Widerstand. Der 9. November machte dann der kaiserlichen Komödie ein schnelles Ende.

Die Einzelheiten der Vorgänge bieten außerordentlich viel Neues, das jedoch auch im Anhang der mitgeteilten Dokumente. Am wichtigsten erscheint uns Masaryks Bericht im April 1915 an Grey überreichtes Memoire über das unabhängige Böhmen, dem das Zustandekommen des tschecho-slawischen Staates mit zugesprochen ist. Masaryk beruft sich hier insbesondere auf die Dienste der tschecho-slawischen Armee, indem sie der Einberufung und dem Transport nach den Kriegseinsparungen sich widerlegten, dann aber zum Feind überliefen und in dessen Reihen gegen Österreich kämpften. (Ein Gastwirt in Magdeburg, der Ende 1914 etwas Ähnliches erzählt hatte, wurde wegen Beleidigung der österreichischen Armee von deutschen Gerichten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.) Masaryks Wunsch ging in Erfüllung; die den Aufzeichnungen beigegebene Karte des damals erst in der Phanazie bestehenden Landes stimmt ziemlich genau mit der des getroffenen Staates überein.

Nur zwei kleine Wünsche blieben unerfüllt: der slawische Korridor zwischen Böhmen und Serbo-Kroatien, den Masaryk hauptsächlich als slawische Barriere gegen Deutschlands Marsch nach Konstantinopel (das die Russen erhalten müssen) und Bagdad empfohlen hat, und der König von Serbien, der, wenn der Korridor zustande käme, auch der von Serbien sein könnte. Da aber das böhmische Volk völlig russophil sei, wäre eine russische Dynastie durchaus populär. (Man hört öfters den russischen Rubel klammern.) Die böhmische Republik, meint Masaryk, würde nur von wenigen radikalen Politikern verteidigt. Unbedingte Voraussetzung alles dessen aber sei die Vernichtung Deutschlands im Kriege. „Das betriebe Böhmen würde bestimmt in Uebereinstimmung mit der Entente handeln und wird immer ein loyaler Verbündeter sein. Böhmen will mit und hofft nunmehr, daß seinen russischen Brüdern bald die Befreiung der böhmischen und slowakischen Distrikte gelingen wird.“ — Auch dieses kleine Mittel zum Zweck ist unerfüllt geblieben — jetzt wahrscheinlich zur Freude des unermüdeten Masaryk.

## Das Nachdringen in Polen

Die Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Marzowski hat das Ringen der fortschrittlichen mit den nationalistisch reaktionären Kräften in Entscheidungssphäre gerissen. Dabei sind die sozialistischen Nationalisten zunächst ins Hintertreffen geraten. Die im Augenblick entscheidenden Stellen scheinen den Kampf gegen die nationalistische Fronte mit aller Kraft aufnehmen zu wollen.

Um die Bedeutung der weiter unten folgenden Meldungen zu ermessen, muß man sich zunächst an die Kräfteverteilung im polnischen Reichstag erinnern. Das polnische Parlament ist in zwei Lager geteilt. Auf der einen Seite stehen die Nationaldemokraten — die „Christliche Vereinigung der nationalen Einheit“, wie sie sich jetzt offiziell nennen — mit ihren 163 Abgeordneten die weitaus stärkste Partei im Sejm. Sie sind die Partei des Adels, des Adels und der Bourgeoisie. Ihr stehen die drei Parteien der „Linken“ gegenüber. Die größte Partei der Linken ist die „Wolfs-Partei“, die Partei der großen und mittleren Bauern, durch 70 Abgeordnete im Sejm vertreten. Dann gehört zur Linken die Partei „Agrykolen“ (Bewegung), die im Sejm 49 Abgeordnete zählt; aus ihr war der Präsident Marzowski hervorgegangen. Schließlich gehört zur Linken die sozialistische Partei, die bei den letzten Wahlen 41 Mandate erobert hat. Insgesamt verliert also die Linke, die Vertretung der Bauern und Arbeiter, über 100 Stimmen, die den 163 Stimmen der Nationaldemokraten der Partei des Adels und der Bourgeoisie gegenübersteht. Zwischen den beiden Lagern steht der „Block der nationalen Minderheiten“. Er umfaßt die deutschen, die ukrainischen, die weißrussischen und die jüdischen Nationalen Abgeordneten; er zählt nicht weniger als 81 Abgeordnete. Polen hat durch den Frieden von Versailles weite deutsche Gebiete im Westen, durch den Frieden von Trianon weite weißrussische und ukrainische Gebiete im Osten annektriert. Es hat überdies durch die Judenverfolgung der jüdischen Nationalismus zutage gefördert. So hat es der polnische Nationalismus zutage gefördert, doch ist im polnischen Reichstag Deutsche und Juden, Weiß- und Kleinrussen wichtige den beiden gleich starken politischen Parteien, zwischen den Klassen der polnischen Nation entscheiden. Die Wahl Marzowski zum Staatspräsidenten erfolgte nur mit Hilfe der Stimmen dieser Nationalitäten. Marzowski gab die Gewähr für eine föderative und verständigere Nationalitätenpolitik und konnte als Mann der demokratischen Bauern und Arbeiter angesprochen werden. Das hat ihm das Leben gekostet.

Dem faschistischen Morbitor der Nationalisten wird jedoch jetzt zusehends entgegen. Der Generalkommandant Sforzini, der bis zur Wahl eines Staatspräsidenten am 20. Dezember die Regierung übernommen hat, erließ im Namen des Gesamtministeriums einen Aufruf, der besagt: „Von dem den Verfassungen vertretenden Gesamtministerium, übernehme ich das Steuer der Regierung der Republik als Soldat in dem schwersten Augenblick, den unser Staat seit seiner Wiederherstellung durchlebt hat. Denn der Schrecken der Invasion der Bolschewisten, die im Jahre 1920 vor den Toren unserer Hauptstadt standen, verlagert angesichts des politischen Wobes, als dessen Opfer der erste Präsident der polnischen Republik gefallen ist, Angesichts der brudermörderischen Kämpfe und des Attentats auf die Nachbarn und die Wächter der Republik bin ich entschlossen, indem ich in einem solchen Augenblick das Steuer der Regierung ergreife, mit aller Rücksichtslosigkeit die Verteidigung der Rechtsordnung und der inneren Ruhe durchzuführen.“

Die Regierung wird einzig und ausschließlich dem bedrohten Lande dienen und fordert alle diejenigen, die die Sache des

Polenlandes über die Parteinteressen stellen, auf, sich um sie zu scharen. Die Regierung wird ihre Pflicht erfüllen. Der des Reichsmarschalls Schuldige wird die verdiente Strafe erleiden. Gleichgültig oder wird jeglicher Selbstzweifel der Gesellschaft eingeschlossen vorgebeugt werden.

Gleichzeitig ist der frühere Staatspräsident Pilsudski zum Generalstabschef berufen worden, so daß man sich vor allem auf die Militärmacht zu stützen scheint. Da durch den faschistischen General Galle das Militär immer mehr nationalistisch durchseucht wurde, ist das wohl die erste Militärdiktatur gleichen, wobei man abwarten muß, ob die militärischen Gewalten nicht bald stärker werden als ihre zivilistischen Kollegen: Sikorski und Pilsudski. Nebenfalls hat die Linke im Parlament die bedeutsame Aufgabe der Konsolidierung, auf daß der Regierung eine sichere Basis zur Verfügung gestellt wird, andererseits aber auch die Ausübung einer Kontrolle der Regierung gegeben ist. Wenn die Regierung den Nationalisten gegenüber bei einer verständigen Politik bleibt, so wird ihr die Unterstützung aus den Reihen der einzelnen Gruppen nicht verweigert werden können.

Das Nachdringen gegen die faschistisch loswütenden polnischen Nationalisten hat nicht nur für Polen eine entscheidende Bedeutung. In seinem Ausgange sind alle europäischen Länder interessiert, in denen diese Seuche ein Fuß gefaßt.

### Weitere Säuberung des Militärs

Warschau, 18. Dezember. Im Verlaufe des gestrigen Tages wurden 30 Verhaftungen von Militärs vorgenommen. Die Generale Laski und Wajnski haben den Abschied erhalten. Ebenfalls ist ein Wechsel in den leitenden Stellen des öffentlichen Sicherheitsdienstes vorgenommen worden. In Krakau ist es zu Demonstrationen gekommen, wobei das Militär von der Waffe Gebrauch machte.

Warschau, 18. Dezember. Die Freiheit und Gewaltsamkeit der Parteien wird durch folgende Vorgänge bestätigt. Der Führer der Sozialdemokraten, Abg. Dabrowski, und der Führer des polnischen Sozialismus Szymanowski, wurden von nationalistischen Straßendemonstrationen angegriffen und in das Haus gedrängt, in welchem sich die Zeitung des ganzen tschechischen Wobes befand. Szymanowski ist Senator und hat als Alterspräsident den Senat eröffnet. Die beiden sozialistischen Führer wurden fast einen ganzen Tag lang in dem verbarbarisierten Hause des faschistischen Kommandos gefangen gehalten und schließlich erst durch die organisierte sozialdemokratische Arbeiterkraft aus ihrer Haft befreit. Durch diese Vorgänge ist die Arbeiterkraft so erregt, daß die neue Regierung, um Wiederherstellung der Ordnung bemüht, auch sie zur Einhaltung der Ruhe und zur Vermeidung der Selbstjustiz auffordern mußte.

### Deutsche Beileidskundgebungen

Dresden, 19. Dezember. Der tschechische Ministerpräsident hat dem polnischen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Dresden, Minister v. Olszewski, sein und der tschechischen Regierung Bedauern anlässlich der Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Marzowski zum Ausdruck bringen lassen.

Berlin, 19. Dezember. Die Reichsregierung hat ihr Bedauern durch den Reichsaussenminister v. Rosenbergs ausgesprochen lassen.

### Zentralisierung der ungarischen Faschisten

Budapest, 18. Dezember. Am Sonntag konstituierte sich in Budapest das ungarische Faschistenlager unter dem Namen „Ungarische Faschisten“. Der ungarische Faschismus hat keinen Grund, mit den nationalistisch-reaktionären Methoden des Gotha-Regiments unzufrieden zu sein. Er scheint aber den Terrorismus noch planmäßiger und noch brutaler aufzuführen zu wollen.

## Ersatz für den Friedensvertrag

Ueber den Inhalt der amerikanischen Pläne wird in Washington ziemliches Stillschweigen bewahrt. Um so zahlreicher und natürlicher die Gerüchte über das „Vorhaben“, über die „Taktik“ der amerikanischen Politik sowie über die „Möglichkeiten“. Einige Wahrscheinlichkeit hat die Meldung eines Londoner Blattes, Garding werde durch die amerikanischen Vorkämpfer zwei internationale Abkommen vorschlagen. Für das eine von diesen werde er die Unterzeichnung der Alliierten, für das andere die Unterzeichnung jeder am Uebereinkommen würden in ihrer Wirkung einen großen Teil des Verschiefter Vertrages zur Sicherung des Weltfriedens und der Wiederaufbaues erlegen. Es sei davon zu erhoffen, daß die Inoutrien in England in Gang kommen. Frankreich beruhigt werde und die Wohlfahrt erhalte, die es dringend benötige, und Deutschland wieder einer der lauffähigsten Märkte der Welt werde.

Auf die Unterzeichnung des Abkommens hin würden drei Gruppen amerikanischer Bankiers einen auswärtigen Kredit für Deutschland unterschreiben, der unter England, Frankreich, Belgien und Deutschland verteilt werden soll. Der Kredit werde nicht unter 1 1/2 Milliarden Dollar betragen. Vermöge dieses Kredits werde Deutschland dann in den Stand gesetzt sein, Lebensmittel oder andre Rohstoffe in jedem Lande zu kaufen. Die amerikanische Regierung werde diesen Kredit

garantieren und dafür die erste Hypothek auf die gesamten Güterquellen Deutschlands fordern. Diese Hypothek werde sämtliche Zölle, die Ein- und Ausfuhrabgaben und die deutsche Einkommensteuer umfassen und werde alle andern deutschen Verpflichtungen einschließlich der Reparation erlegen. Da der gesamte Vorschlag gegründet sein werde auf die praktische Herabsetzung der Reparationen und eine gründliche und endgültige Ueber-einkunft auf Seiten der Alliierten, so werde Amerika durch eine Methode, die noch nicht entschieden sei, jedoch von Clinton Root unterhütet werde, die schnelle Zahlung jeder vereinbarten Reparationsforderung durch Deutschland garantieren. Außer diesem Kredit, der in Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Amerika untergebracht und durch die amerikanische Regierung garantiert werden soll, würde die Bankiergruppe eine beträchtliche Privatanzleihe an die deutsche Regierung geben, die dem Vernehmen nach etwa 750 Millionen Dollar betragen werde und als Sicherheit in der üblichen Weise industrielle und städtische Hypotheken nehmen. Die Vertreter der Bankiers, die an Ort und Stelle die deutsche Wirtschaftslage seit über einem Jahre untersucht, würden darlegen, daß Deutschland augenblicklich nicht mehr als 800 Millionen Dollar zahlen könne. Sie seien jedoch der Ansicht, daß dieser Betrag sofort gezahlt werden könne (1) und daß in zwei Jahren der Betrag auf 400 Millionen Dollar erhöht werden könne. Unmöglich müßten mit